

## **V-16 Demokratiebildung an Schulen stärken – Eine mündige Gesellschaft braucht politische Bildung**

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 30.11.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 Das Ziel von Schule ist in unserem Schulgesetz klar definiert:

2 *Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind,*  
3 *der Ideologie*  
4 *des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden*  
5 *politischen*  
6 *Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und*  
7 *gesellschaftliche Leben*  
*auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der*  
*Menschenwürde, der*  
*Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu*  
*gestalten. (§*  
*1 Auftrag der Schule)*

8 Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren unsere demokratischen Strukturen noch  
9 nie so  
10 stark von demokratiefeindlichen Kräften bedroht wie heute. Es ist daher besonders  
11 in dieser  
12 Situation essenziell, dass Politik die Rahmenbedingungen schafft, damit das Ziel  
unserer  
Schule auch erreicht wird. Für eine starke Demokratiebildung in Berlin brauchen  
wir deshalb  
folgende fünf Bausteine:

### 13 **1. Externe Demokratiebildungsanbieter sind zentral: Demokratiebildung entfristen!**

14 Träger der Demokratiebildung begleiten Schüler\*innenvertretungen, bringen  
15 Demokratiebildung  
16 in den Klassenraum, fördern die Selbstwirksamkeit von Schüler\*innen und  
17 unterstützen Schulen  
18 fachlich bei Themen wie Diskriminierung, Antisemitismus oder Rassismus. So können

19 auch an  
20 Schulen notwendige Dialog-Räume für sensible Themen wie den Krieg in der Ukraine  
21 oder den  
Israel-Palästina-Konflikt geschaffen werden. Gerade nach dem 7. Oktober 2023 ist  
diese  
professionelle Begleitung von Schulen wichtiger denn je. Trotzdem werden Träger  
der  
Demokratiebildung aktuell nur als Zuwendungsempfänger\*innen im Berliner Haushalt  
geführt und  
sind daher alle zwei Jahre von Kürzung oder kompletter Streichung bedroht.

22 Wir müssen deshalb endlich mit einer institutionellen Förderung die Verstetigung  
23 der  
24 Förderung von Demokratiebildungsträgern erreichen. Demokratiebildung ist kein  
25 Projekt von  
26 zwei Jahren, sondern braucht langfristig angelegte Strukturen, Beziehungsaufbau  
27 und  
28 Supervision. Für die Daueraufgabe Demokratiebildung braucht es auch Dauermittel.  
29 Die  
30 Gesamtstrategie der Bildungsverwaltung für politische Bildung an Berliner Schulen  
31 bietet  
eine gute fachliche Grundlage und stellt wichtige Instrumente zusammen.  
Allerdings ist für  
ihre Umsetzung kein Geld vorgesehen. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen  
Lage an  
Berliner Schulen und in außerschulischen Begegnungsorten reicht die derzeitige  
Finanzierung  
für eine qualitativ nachhaltige Arbeit in der ganzen Stadt nicht aus. Dafür  
brauchen wir  
auch auf Landesebene endlich ein Demokratiefördergesetz.

## 32 **2. Demokratiebildung in Rahmenlehrplänen und Fortbildungen stärken**

33 Demokratiebildung gehört fest in den Rahmenlehrplänen verankert, um Jugendlichen  
34 die  
35 kritische Auseinandersetzung mit Machtungleichgewichten und diskriminierenden  
36 Strukturen zu  
37 ermöglichen. Dazu gehört die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und  
38 die  
39 Überprüfung von Lehrinhalten auf diskriminierende Stereotype und  
40 Marginalisierungen. Themen  
41 wie Antidiskriminierung, (De-)Kolonisierung, Rassismus und Antisemitismus müssen  
42 fächerübergreifend und verpflichtend in den Unterricht integriert werden.  
43 Generell setzen  
44 wir als Partei uns für einen stärkeren Fokus auf historisch-politische Bildung in  
der Schule

ein. Sie hat zum Ziel, demokratische Werte und gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart zu fördern. Schüler\*innen sollen frühzeitig für soziale Ungleichheiten und damit verbundene Privilegien sensibilisiert werden. Ziel ist es, diskriminierende Stereotype und eurozentrische Geschichtsnarrative aufzubrechen und das Wissen unterdrückter Gruppen in den Bildungsalltag zu integrieren.

45 Antidiskriminierung und Demokratie sind jedoch nicht allein  
46 Unterrichtsgegenstände, sondern  
47 müssen in den Schulen gelebt werden. Für eine gelingende Demokratiebildung  
48 brauchen wir  
49 daher dringend eine diskriminierungskritische Professionalisierung von  
50 Lehrkräften durch  
51 entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote im Rahmen des neuen Berliner  
52 Landesinstituts. Wir wollen Lehrkräfte befähigen, auf Hassbotschaften und  
diskriminierendes  
Verhalten im Unterricht angemessen zu reagieren. Hierzu sind niedrigschwellige  
Fortbildungsangebote auch im Bereich der Medienkompetenz und die Bereitstellung  
von  
diskriminierungskritischen Lehrmaterialien unerlässlich.

### 53 **3. Bildungserfolg breiter fassen: Demokratiebildung in die Schulsteuerung**

54 Ein zentrales Ziel der Berliner Schule ist, Persönlichkeiten herauszubilden, die  
55 in der Lage  
56 sind, dem Nationalsozialismus entgegenzutreten. Trotzdem wissen wir viel zu wenig  
57 darüber,  
58 ob unsere Schulen dieses Ziel überhaupt erreichen. Deshalb werden wir Ressourcen  
59 zur  
60 Verfügung stellen, damit zukünftig nicht nur die mathematischen und sprachlichen  
61 Kompetenzen  
62 der Berliner Schüler\*innen, sondern auch ihre Demokratiekompetenzen regelmäßig  
63 erhoben  
64 werden. So können auch diese Bildungsziele untersucht und mittels Unterstützung  
65 durch die  
66 Schulaufsicht adressiert werden. Klar ist dabei aber auch: Demokratie ist nicht  
67 nur ein  
68 Bildungsthema, sondern muss auch in der Schule praktiziert werden. Wir brauchen  
daher nicht  
nur Informationen über Demokratiekompetenzen, sondern auch ein Monitoring über  
den Status  
quo von Demokratie und Beteiligungsstrukturen an Schule. Wo gibt es Klassenräte,  
wie gut

funktioniert Schüler\*innenvertretung, erfolgt Feedback zwischen Schüler\*innen und Pädagog\*innen in beide Richtungen und wie ist das Schulklima? Für dieses Monitoring sollen zusammen mit der Fachcommunity Standards entwickelt werden. Auf dieser Datengrundlage müssen wir dann über die Schulaufsichten Unterstützung an die Schulen bringen, die sie besonders benötigen.

69 **4. Wer was verändert, glaubt an Veränderung: Beteiligung, aber richtig!**

70 Essenziell für Demokratie ist ein respektvolles Miteinander auf Augenhöhe und  
71 echte  
72 Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Wenn Kinder frühzeitig  
73 erfahren,  
74 dass ihre Stimme zählt, sind sie weniger empfänglich für autokratische  
75 Strukturen. Deshalb  
76 brauchen wir Mitbestimmung nicht erst ab 16 oder 18: Mit dem Klassenrat, der  
77 Schüler\*innenvertretung und dem Schüler\*innenhaushalt haben wir gute Strukturen,  
78 die aber an  
79 zu vielen Schulen entweder noch gar nicht etabliert sind oder stärker unterstützt  
80 werden  
81 müssen. Gerade an vielen Grundschulen wird Beteiligung bisher noch nicht groß  
82 geschrieben,  
83 auch schulgesetzlich braucht die SV hier mehr Rückhalt. Als Grüne fordern wir  
einen  
Schüler\*innenhaushalt, ein Klima der Beteiligung und eine gute Begleitung durch  
entfristete  
Fachkräfte an jeder Schule. Gleichzeitig ist klar: Augenhöhe lässt sich nicht  
allein über  
Strukturen herstellen, sondern hängt essenziell an der Haltung der Lehrkräfte.  
Nur wenn sie  
sich darüber bewusst sind, dass Demokratie am besten durch eigenes Erleben  
erlernt wird,  
werden sie dieses Erleben auch ermöglichen. Dies muss deshalb auch in der Aus-  
und  
Weiterbildung von Lehrkräften eine größere Rolle spielen.

84 Auf bezirklicher Ebene braucht es Standards für die pädagogische Begleitung und  
85 fachliche  
86 Ausstattung der Bezirksschüler\*innenausschüsse, in die künftig auch  
87 Grundschüler\*innen  
88 einbezogen sein sollen. Auch für den Unterricht selbst gilt: Lernende müssen  
89 stärker in die  
90 Entscheidungen über ihre Bildungsinhalte einbezogen werden. Auch außerhalb von  
91 Schule

92 brauchen Jugendliche und Kinder Beteiligungsmöglichkeiten. Deshalb unterstützen  
wir die  
93 Initiativen in vielen Bezirken, Interessensvertretungen von Kindern und  
Jugendlichen  
aufzubauen und werden sie finanziell unterstützen. Außerschulisches  
ehrenamtliches  
Engagement von jungen Menschen wollen wir stärken und durch Anerkennung,  
Freistellung und  
94 unterrichtliche Anbindung besser mit Schule vereinbaren.

## 93 **5. Eine starke Landeszentrale für politische Bildung**

94 Unzählige Schüler\*innen, Lehrkräfte und Eltern verlassen sich auf die guten  
95 Materialien der  
96 Landeszentrale für politische Bildung, besuchen ihre Veranstaltungen oder  
97 profitieren von  
98 Ihrer Expertise im Bereich der Demokratiebildung. Trotzdem will die CDU-geführte  
99 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die rechtlich verankerte  
100 Unabhängigkeit der  
101 Landeszentrale für politische Bildung nun durch eine politisch besetzte  
102 Stabsstelle massiv  
103 beschneiden. So soll die Stabsstelle der Landeszentrale inhaltliche Vorgaben für  
104 ihre Arbeit  
105 machen, die veröffentlichten Materialien der Landeszentrale kontrollieren und  
106 sämtliche  
107 Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen kontrollieren. Diese  
108 politische  
109 Einflussnahme steht im starken Spannungsverhältnis mit der im  
110 Erwachsenenbildungsgesetz  
111 festgeschriebenen Überparteilichkeit der Landeszentrale und stellt auch die  
fachlichen  
Grundlagen der politischen Bildung, wie sie nach dem Nationalsozialismus über  
Jahrzehnte  
demokratischer Konsens waren, in Frage. Als Grüne stehen wir klar an der Seite  
einer  
unabhängigen Landeszentrale für politische Bildung und werden sie weiter stärken.  
Dafür war  
der von uns mit auf den Weg gebrachte zweite Standort der Landeszentrale ein  
erster Schritt,  
um die Öffnung in die Stadtgesellschaft zu stärken und weitere Themenschwerpunkte  
zu  
ermöglichen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einrichtung einer  
Koordinierungsstelle  
außerschulische politische Bildung und Schule sowie der Ausbau aufsuchender  
politischer  
Bildungsangebote.

112 Besonders für den Bereich der Erwachsenen- und außerschulischen Bildung braucht  
113 es noch mehr  
114 Materialien, Bildungsangebote und Konzepte, um auch die Menschen zu erreichen,  
115 die nicht  
mehr zur Schule gehen. Dafür sind insbesondere der öffentliche sowie der digitale  
Raum von  
großer Bedeutung.